

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Fernsprecher M 8538. Redaktionsschluß Montags Mittags vor Erscheinen d. Blattes. Anzeigenpreis für die viergespaltene Petitzeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 16

Cöln, den 31. Juli 1915.

III. Jahrgang.

Wie eine Schraube ohne Ende

gestalten sich die Preissteigerungen am Warenmarkte, insbesondere für Lebensmittel. Schon bei Ausbruch des Krieges waren unverantwortliche Preistreiber zu beklagen, durch die die Lebenshaltung der breiten Volksmassen erheblich verteuert wurde. Damals glaubte man vielfach, daß es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln werde, die zum "guten Teil auf gewaltige Angst-einkäufe zurückzuführen sei. Wenn sich die Gemüter beruhigt hätten und wieder alles den gewohnten Gang nehme, würden auch die Preise wieder auf ein erschwingliches Maß sinken. Dieser Ansicht konnte man um so eher Raum geben, als feststand, daß wir im Lande über genügend Lebensmittel verfügen, und daher vom Ausland ziemlich unabhängig sind. Dann aber auch deshalb, weil bei der allgemeinen Kriegsbegeisterung anzunehmen war, daß nun alle Bevölkerungskreise in edlem Wettstreit bestrebt sein würden, jedem Deutschen das Durchhalten bis zum siegreichen Ende zu ermöglichen. Doch ist es ganz anders gekommen. Wohl kaum je sind der Arbeiterschaft größere Enttäuschungen bereitet worden, als während des Krieges auf dem Gebiete der Warenpreisgestaltung, und vor allem der Preisgestaltung für Lebensmittel. Da muß leider festgestellt werden, daß in weiten Produzenten- und Händlerkreisen nicht die Rücksicht auf das Wohl des Volksganzen maßgebend war und ist, sondern in erster Linie das eigene persönliche Geldinteresse. Der Krieg ist diesen Kreisen eine gute Gelegenheit, glänzende Geschäfte zu machen. Und diese Gelegenheit wird weidlich ausgenutzt, zum Schaden der armen Bevölkerung. Während des Winters tröstete man sich noch über die höheren Preise hinweg in der Hoffnung auf ein Sinken derselben im Frühjahr und Sommer infolge der neuen Ernten. Aber auch diese, an sich berechnete Hoffnung, ist elend zerschanden gemacht worden. Nicht nur kein Preisrückgang ist zu verzeichnen, sondern stattdessen fortgesetzte Preissteigerungen. Da kann man wirklich nicht anders als von richtigem Wucher sprechen. Wie hat sich das deutsche Volk empört, über die Aushungerungspläne der Engländer. Und mit Recht! Aber im gleichen, ja in noch höherem Maße empörend ist das Verhalten derer, die bei uns das Volk ans Verhungern bringen wollen. Denn England ist unser Feind, hier aber handelt es sich um die eigenen Volksgenossen, die sich unter dem Schutze unserer kämpfenden Soldaten an deren Frauen und Kindern in unrechtmäßiger Weise bereichern. Die Statistik redet in dieser Beziehung eine gar deutliche Sprache. Sind doch im letzten Jahre die Preise für Lebensmittel um 25 bis 200 Prozent gestiegen. Nicht viel anders steht es mit sonstigen Waren: Textil, Leder,

Seifen, Petroleum, Kohlen, Brickets u. s. f. Wie soll das noch enden? Da kann man wirklich nur mit größter Besorgnis in die Zukunft sehen. Nichts ist mehr geeignet, unseren Feinden in die Hände zu arbeiten, als diese fortgesetzten Preistreiber, denn daraus können sie die Hoffnung schöpfen, uns über kurz oder lang doch noch unterzuzwingen. Sollen sich diese Befürchtungen nicht erfüllen, so muß den Preistreibern recht bald energisch Einhalt geboten werden. Verschiedene Generalkommandos haben sich schon in dieser Richtung betätigt.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften befaßt sich in Nr. 15 ebenfalls wieder mit dieser Frage und beklagt diese Zustände in einem längeren Artikel. Da heißt es u. a.

Geht man der Ursache der Verteuerung nach, so will niemand dafür verantwortlich sein. Einer schiebt die Schuld auf den anderen, aber das Publikum muß zahlen, zahlen. Mit verdächtigem Eifer werden die verteuerten Produktionskosten ins Feld geführt, ferner der Minderabsatz, der einen höheren Preis rechtfertige usw. Und immer finden wir dann die Entschuldigung: jawohl, der Mann muß seinen Verdienst haben. Hierunter versteht man den Gewinn der regulären Zeit, aber auch noch einen besonderen Kriegsgewinn. Es kommt dabei garnicht zum Bewußtsein, daß Millionen Deutsche ein vermindertes Einkommen haben und daß es darum nicht mehr wie recht und billig ist, wenn auch der Lebensmittelproduzent und Händler sich mit einem niedrigeren Verdienst begnügt. Nun aber erst noch die Anschauung, auf Grund des Krieges habe der Mann ein Unrecht auf einen noch höheren Gewinn wie in regulärer Zeit! Mit sittlichen Gründen ist ein solches Verlangen nicht zu rechtfertigen. Gar mancher zählt die Gewinne und preist den Krieg, der ihm die hohen Gewinne in den Schoß wirft. Derweil darben Millionen Frauen und Kinder, denen es an den Mitteln fehlt, das Notwendigste einzukaufen.

Es muß die Frage aufgeworfen werden, ob nicht mit allen gegebenen Mitteln seitens der verantwortlichen Behörden hiergegen eingeschritten werden muß. Die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung kann die Belastung nicht weiter tragen, ohne großen Schaden zu nehmen.

Es erübrigt sich, daß wir besondere Berechnungen aufstellen, um nachzuweisen, daß die Folgen der jetzigen Teuerung in vielen tausenden Familien Unterernährung zur Folge haben müssen.

Damit ist es nicht getan! Eine sehr tiefgehende Erbitterung macht sich breit, weil die Last des Krieges sich in so ungleichmäßiger Weise verteilt.

Dieser Tage wurde der „Rheinisch-Westf. Zeitung“ von kommunaler Seite mitgeteilt, daß die Kommunen mit dem Verkauf von Fleischdauermwaren keine guten Erfahrungen machen, dieselben würden nicht genügend gekauft, da das frische Fleisch vorgezogen würde. Die Stadt Görlitz habe den größten Teil ihres Bestandes nach auswärts verkaufen müssen, weil sie es an ihre eigenen Bürger nicht habe absetzen können. Es wird dann zum Schluß gesagt, trotz der elf Monate Krieg sei das Publikum noch imstande, seinem besonderen Geschmack Rechnung zu tragen. In diesen und ähnlichen Auslassungen müssen immer solche Schichten zur Beurteilung der allgemeinen Verhältnisse dienen, die die Mittel dazu haben, um ihre besonderen Ansprüche zu befriedigen. Man denkt aber nicht an die — weil man sie eben nicht zu Gesicht bekommt —, die fast auf jeden Fleischgenuß verzichten müssen. Und doch ist die Rechnung nur eine ganz einfache. Wie soll eine Arbeiterfamilie mit 25 bis 30 Mk. oder noch weniger Wochenlohn oder mit der Kriegsunterstützung auch nur einigemal in der Woche ein Pfund Fleisch auf den Tisch bringen, wenn der Preis dafür sich zwischen 1,60 bis 2 Mk. bewegt? Dazu nehme man 1 Pfund Erbsen im Preis von 60 bis 70 Pfg., das Pfund Reis im Preis von 50 bis 70 Pfg. usw. Dazu die großen Ausgaben bei Kindern für die Schuhbekleidung u. dgl.

Dieser Sachlage dürfen die Regierenden nicht mehr länger tatenlos zusehen. Es darf nicht übersehen werden, daß dadurch die Stimmung im Heere ungünstig beeinflusst wird. Es ist überaus bitter für den im Felde Stehenden, wenn er weiß, daß seine Lieben in der Heimat wucherische Preise zahlen müssen. Dieser heutige Zustand hat aber auch seine großen Wirkungen über den Krieg hinaus.

Wir stehen vor der Neuregelung der Höchstpreise aus der neuen Ernte. Es gibt Kräfte, die bei dieser Neusetzung auch noch einen etwaigen minder guten Ernteausfall durch eine Preiserhöhung ausgeglichen wissen wollen. Wir müssen dringend warnen, derartigen Stimmen Gehör zu schenken. Es ist vielmehr in Ermägung zu stellen, ob die vorjährigen Preise in ihrer Höhe aufrecht erhalten werden können. Die Landwirtschaft hat im vergangenen Jahre ein ausgezeichnetes Geschäft gemacht. Wir können für eine Wiederholung keinen Grund einsehen. Die allgemeine Lage erfordert vielmehr, daß die Preise auf ein der Gesamtlage der Bevölkerung entsprechendes Verhältnis gebracht werden. Die Höchstpreise sind aber auch auf Hülsenfrüchte und Schweinefleisch auszudehnen. Für alle Waren muß der Verkaufszwang und das Enteignungsrecht zu niedrigeren wie den festgesetzten Höchstpreisen festgesetzt werden. Insbesondere sind Höchstpreise auch für die Produkte festzusetzen, die die Heeresleitung in größerem Umfange benötigt, damit nicht durch diese Konkurrenz die Preise noch verschärft werden, wie das im vergangenen Jahre vielfach geschehen ist. Klar zum Ausdruck zu bringen ist, daß die festgesetzten Höchstpreise unter keinen Umständen eine Erhöhung im Laufe der Zeit erfahren. Die gemachten Erfahrungen mit der Erhöhung der Kartoffelhöchstpreise lassen eine derartige Erklärung unter allen Umständen berechtigt erscheinen. Abgelehnt muß aber auch aufs entschiedenste werden, die Inlandspreise für eine Reihe wichtiger Lebensmittel um dessentwillen eine unerträgliche Höhe erreichen zu lassen, um dadurch die Zufuhr aus dem Auslande anzuregen. Man bestrafe um dieser geringen Einfuhrmengen halber nicht die einheimischen Verbraucher. Führe man lieber Einfuhrprämien auf Kosten der Allgemeinheit ein, damit wird das gleiche Ziel erreicht.

Um Vorkommnisse wie im vergangenen Jahre mit den Kartoffeln zu vermeiden, ist die Feststellung des Ertrages sofort bei der Ernte selbst vorzunehmen. Nur bei der Ernte ist ein zuverlässiges Ertragsergebnis festzustellen. Damit wird die nachträgliche Schätzung und die dadurch möglichen Ausreden vermieden, außerdem die anderen Mißgriffe, wie im vergangenen Winter und Frühjahr die erhöhte Schweineabschlachtung, unter deren Folgen wir heute leiden.

Es geht einfach nicht mehr so weiter wie bisher. Das müssen sich die Regierenden gesagt sein lassen. Die Lasten des Krieges sind entsprechend der sozialen Lage gleichmäßig zu verteilen, nicht aber, daß dem ohnehin Schwachen auch noch die stärkere Last auferlegt wird. Die Regierenden tragen die Verantwortung, und sie sollen sich daher ihrer Pflicht in vollem Umfange bewußt werden."

Diese Darlegungen treffen den Nagel auf den Kopf. Wir haben den dringenden Wunsch, daß sie an den maßgebenden Stellen die ihnen gebührende Beachtung finden. Zum Teil ist das ja schon durch die neuen Verordnungen des Bundesrats geschehen, die gegen die übermäßige Preissteigerung sich richten, sowie Höchstpreise für Brotgetreide, Gerste und Hafer festsetzen.

Was gebietet die Stunde?

Ein Jahr dauert nun schon der europäische Völkerkrieg. Unermeßliche Opfer an Gut und Blut hat er bereits gefordert und ein Ende ist immer noch nicht abzusehen. Alle Völker tragen schwer an der Last des Krieges und nichts wäre wünschenswerter, als ein baldiger glücklicher Friede. Doch wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist dafür noch nicht die Zeit gekommen. All unsere Feinde ohne Ausnahme sind für stritteste Fortführung des Krieges. Das lehren uns die Verhandlungen des englischen Parlaments wie die Haltung des französischen Volkes, allen voran die dortigen sozialistischen Parteien, wie auch die S. M. Regierung, wofür das leztthin erlassene Manifest des Zaren ein klassischer Beweis ist.

Die Hoffnungen, die unsere Feinde hegen, beruhen zunächst auf unserer militärischen Einkreisung. Rings an unseren und Oesterreich-Ungarns Grenzen stehen mit nur wenigen „neutralen“ Zwischenräumen die Feinde. Ihre bisherigen Mißerfolge führen sie darauf zurück, daß sie von Anfang an nicht gleichzeitig von und allen Seiten her gleich stark hätten vorgehen können. Dadurch sei es uns möglich gewesen, zuerst in West, dann in Ost die gegen uns zu verschiedenen Zeiten Anrückenden zu schlagen. Nun bemühen sie sich seit Monaten, von allen Seiten gleichzeitig mit Uebermacht vorzugehen und noch immer neue Feinde gegen uns zu führen. Sie hoffen, auf diese Weise müßte doch an einer unserer Fronten die Linie zu dünn, unser Widerstand zu schwach werden. Bisher haben wir auch diesem vereinten Ansturm von Ost und West standgehalten, und auch der Verräterfeind an Oesterreichs Alpengrenzen hat nichts auszurichten vermocht. Ja, wir haben trotzdem den Sturm durch Galizien zustande gebracht. Jedoch der Feind sieht die russische Niederlage in Galizien nur als eine Folge des Mangels an Munition und Kriegsmaterial im russischen Heere an. Um so fieberhafter wird die Operation des Munitionsnachschubs betrieben, um so zäher werden die Dardanellen besetzt, um durch die Meerengen dort den Russen die nötigen Kanonen und Granaten zuschicken zu können. Dann, so hofft man im Feindeslager, wird die russische Dampfwalze wieder gegen uns voranrollen, und die Ueberzahl der Feinde wird gleichzeitig von allen Seiten gegen uns wirksam werden.

Wohlgemerkt: es handelt sich jetzt gar nicht darum, ob die Feinde das wirklich fertig bringen, sondern zunächst nur darum, daß sie das Vertrauen und die Hoffnung haben, das schaffen zu können. Wir glauben nicht daran, daß sie ihre Hoffnungen als Wirklichkeit sehen werden, aber solange sie selbst das hoffen und daran arbeiten, ist an eine Geneigtheit zum Frieden ihrerseits nicht zu denken. Solange wäre selbst ein Angebot unsererseits, das dahinginge, wir wollten es beim Friedensschluß bei den Grenzen und Verhältnissen lassen wie sie vor dem Kriege gewesen sind, völlig wirkungslos. Denn solange sie zu siegen glauben, wollen die Feinde mehr, viel mehr erreichen, als nur, was sie bereits besitzen haben.

Sodann versprechen sich Deutschlands Feinde noch immer viel, ja entscheidendes, vom Wirtschaftskrieg. Daß sie uns an Lebensmitteln nicht „aushungern“ können, wissen sie nun wohl. Auch daß unsere Industrie und unser Kapital- und Kreditmarkt außerordentlich viel stärker ist, als sie sich das träumen ließen, haben sie erfahren müssen. Jedoch die Hoffnung ist bei ihnen unvermindert, daß uns schließlich doch unbedingt gewisse Stoffe fehlen müßten, die wir sonst aus dem Auslande erhielten und die wir im Kriege im besonderen auch zur Herstellung von Kriegsmaterial notwendig brauchen, an denen wir also auch nicht sparen können. Es scheint fast, als ob es heute in erster Linie eine Art „chemischer Aushungerungskrieg“ wäre, auf den es die Feinde abgesehen haben, insofern als unter den Stoffen, auf deren Mangel bei uns sie besonders zu warten scheinen, gewisse chemische Rohmaterialien eine große Rolle spielen.

Wie an der Verstärkung der militärischen Mittel und eines wirksameren militärischen Zusammenwirkens aller verbündeten feindlichen Armeen, so wird auch an der Vervollkommnung der wirtschaftlichen Kriegsführung gegen uns unverdrossen, und mit aller Anstrengung gearbeitet. Durch den Beitritt Italiens zu ihrem Kriegsbund glauben die Feinde unseren Außenhandel nun völlig lahmgelegt zu haben. Die Ein- und Ausfuhr der an uns angrenzenden Neutralen haben sie längst unter eine immer strengere Kontrolle genommen. In der Errichtung völlig unter britischer Bevormundung stehenden „Einfuhrtrüsts“ in den „neutralen“ an uns grenzenden Staaten wollen sie unserer völligen Abschließung vom Weltverkehr den Schlußstein setzen. Muß sich doch der Handel der Neutralen dabei verpflichten, keine Ware von und nach Deutschland über das neutrale Gebiet gelangen zu lassen, wenn nicht der Handel der Neutralen selbst in Gefahr geraten soll, gleichfalls völlig lahm gelegt zu werden.

Es mag daran erinnert werden, daß dieser gewaltige Druck, den der Biververband unter der Führung Englands heute auf den Welthandel ausübt, die gewaltige Kontrolle, die England wie nie zuvor auf den Weltverkehr dadurch gewonnen hat, die Einblicke, die es über die Handelsverhältnisse aller Länder dabei erhalten hat, die Verbindungen, die es überall festgeknipt hat, für uns eine gewaltige Drohung bedeuten, für den Fall, daß wir den Sieg nicht festzuhalten vermöchten. Die Bedingungen, die man uns dann auferlegte, würden sich gewiß nicht auf Gebietsabtrennungen, Kriegskosten und Grenzveränderungen beschränken. Am schwersten würde man uns dadurch zu treffen suchen, daß man die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens unterbände. Wir würden Handelsbedingungen gegenübergestellt, die uns die Märkte der Welt nach Möglichkeit verschlossen, indes die Ware der Feinde überall vor der unsrigen begünstigt wäre.

Nun ist es ja keineswegs zu übersehen, daß man auch in Feindesland mit mancherlei Schwierigkeiten kämpft. Mit Schwierigkeiten, die mancherorts und in vielen Dingen

größer sein mögen, als die, die man uns bisher bereiten konnte. Bedeutung für unsere Friedenshoffnungen würde das aber nur dann haben, wenn hierdurch den Feinden eine wirksame Kriegsführung vereitelt würde oder auch nur ihr Kriegswille und ihre Siegeshoffnungen dadurch zum Schwinden käme. Das trifft bis jetzt in keiner Weise zu. Auch bei unseren Feinden gelten Schwierigkeiten als Dinge, die man überwinden muß. Es ist kein Zweifel, daß man auch dort mit allem Eifer und aller Energie an deren Beseitigung arbeitet. Und die Tatsachen zeigen, daß die Feinde noch stark im Felde sind, noch immer auf den Sieg hoffen und nichts unversucht lassen, ihn zu erringen.

Solch nüchterne Betrachtungsweise kann uns durchaus nicht verzagt oder mutlos machen. Sie ist vielmehr geeignet, uns vor verfrühten Stimmungen, falschen Hoffnungen und daraus möglicher Weise entstehenden Enttäuschungen zu bewahren. Jedenfalls aber zeigt sie uns, daß nach wie vor für Deutschlands Geschick und Zukunft noch nichts erhofft werden kann von nachgiebigen Verhandlungen, sondern, daß erst unser Schwert, unser unentwickeltes Durchhalten und Durchkämpfen uns den Sieg, damit die Zerschlagung der feindlichen Hoffnungen uns den Zugang zum Frieden schaffen müssen. Das Gebot der Stunde ist also, ruhig, kühl und fest den Tatsachen ins Auge zu sehen und mit der harten Entschlossenheit, die die Anstrengungen unserer Feinde gebieterisch von uns fordern, unsern Siegeswillen in die Tat zu übersetzen.

Die Sozialdemokratie und der Krieg.

Bis zum Augenblick der Kriegserklärung hat die deutsche Sozialdemokratie sich in heftigster Weise gegen den Krieg ausgesprochen. Sobald aber der Krieg ausgebrochen war, hat sie ihre Stellungnahme geändert. Sowohl am 4. August wie am 2. Dezember 1914 und im März 1915 hat sie die Mittel zur Kriegsführung im Reichstage bewilligt. In Anbetracht der Tatsache, daß es sich bei diesem Kriege um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes handelt, mußte diese veränderte Haltung eingentlich ganz selbstverständlich erscheinen. Dennoch ist ein Teil der Parteigenossen damit nicht einverstanden und treibt dagegen eine immer stärker werdende Opposition. In einem Flugblatt verlangen sie von der Partei, daß sie die seit Beginn des Krieges eingenommene Haltung von Grund aus ändere, den Burgfrieden aufsaue und in schärfster Form den Kampf gegen die Regierung aufnehme. Diese Richtung ist im Laufe der Zeit anscheinend so stark geworden, daß sich ihr auch der Parteivorstand wohl nicht mehr entziehen zu können glaubt. Anders ist es nicht zu verstehen, daß er kürzlich in einem Aufruf die deutsche Regierung aufgefordert hat, Friedensverhandlungen mit unseren Feinden anzubahnen. Damit glaubt wohl der Parteivorstand auch noch dem deutschen Volke einen Dienst zu erweisen, in Wirklichkeit liefert er aber nur Wasser auf die Mühlen unserer Gegner. So schreibt der französische sozialistische Abgeordnete Hervé in der *Querre Sociale* vom 3. Juli:

„Mein französischer Sozialist ist geistig und sittlich so niedergedrückt, daß er den Vorschlägen, die uns die 500 Wortführer des deutschen Sozialismus in ihrer letzten Rundgebung machen, günstig gestimmt wäre. Der Plan der deutschen Sozialdemokraten ist klar: Sie rechnen auf die Kriegsmüdigkeit des französischen Sozialismus und dessen bekanntem Abscheu vor einem Eroberungskrieg. Wir müßten ja aber verrückt sein, wenn wir der Einladung unserer Brüder und Freunde jenseits des Rheins entsprechen würden“

Anstatt die Erfüllung unserer Träume zu sehen, die Einrichtung einer internationalen Justiz, würden wir den schärfsten bewaffneten Frieden haben mit seinen Kasernen, zährigem Dienst, Kanonen und Panzerschiffen und der ewigen Angst vor einem neuen Angriff.

Und ferner: Welches Ansehen würden wir im Lande genießen, wenn wir es sind, die einen so schimpflichen Frieden haben. Nach den ersten Augenblicken der Freude über die Rückkehr der Ueberlebenden würde das Land sich wütend gegen uns wenden und uns zuzurufen: „Wir waren dicht vor dem Ziel. Deutschland, allem Anschein zum Trotz, war erschöpft; nur noch einige Monate, und wir hätten den deutschen Militarismus am Boden. Nur durch eure Schwächlichkeit haben wir alles verloren. Ihr habt uns wieder zu 50 Jahren bewaffneten Friedens und zu neuen Kriegen verurteilt. Und ihr habt verschuldet, daß Hunderttausende der Besten nutzlos geopfert sind.“

Welcher Mann von Herz und Verstand möchte in der Zukunft einer Partei angehören, die sich so entehrt? Das aber verlangt von uns die deutsche Kundgebung. Wenn jemand von uns es wagen würde, von dem Frieden zu sprechen, bevor die Deutschen aus Belgien verjagt, bevor nicht der preußische Militarismus in Stücke zerstückelt ist, dann würden unsere großen Toten aus ihren Gräbern steigen, um ihn zu ohrfeigen.“

Aber auch in den Reihen der eigenen Genossen hat der genannte Aufruf lebhaften Widerstand hervorgerufen. Besonders zahlreiche Leute aus den Schützengraben haben ihrem Unwillen darüber Luft gemacht. Ein in Russisch-Polen kämpfender Sozialdemokrat schrieb dem „Samburger Echo“ folgenden Brief:

Genossen, ihr schädigt uns mehr, als ihr selbst glaubt... Mit eurer jetzigen „Arbeit“ leistet ihr gar nichts, aber auch rein gar nichts für ein näheres Ende des Krieges. Im Gegenteil! Ihr seid diejenigen, welche ohne Absicht dazu beitragen, daß der Krieg mit seinen Folgen verlängert wird! Sowohl, das sage ich jedem, der es so treibt, frei und offen ins Gesicht, und ich bin mir dabei so klar über die Wahrheit dieser Behauptung, wie ich mir darüber klar bin, daß ihr unseren Gegnern einen großen Dienst erweist. Zum Beispiele führe ich folgendes an: Die jetzt von der Minderheit entfaltete Agitation gegen den Krieg wäre im gegebenen Augenblick ganz sinnlos, sollte nicht der Zweck damit verfolgt werden, die Arbeiterchaft gegen die Regierung mobil zu machen? Wißt ihr, was das für uns im Gefolge hätte? Die Gegner würden darin den besten Grund zum Durchhalten erblicken und ein Freudengeschrei würde durch die Reihen der Mannschaften unserer Gegner gehen, wovon ihr euch keine Vorstellung machen könnt. Ihr hättet im Schützengraben sein sollen, als Italien an Oesterreich den Krieg erklärt hätte! Stundenlang haben die russischen Truppen durch ohrenbetäubendes Gröhlen ihre Freude zum Ausdruck gebracht. Auch weiß ich durch Briefe von Freunden, die im Westen das Vaterland schützen, daß es dort nicht anders gewesen ist. Das ist ganz erklärlich; denn dadurch glaubten unsere Feinde zu einem baldigen Frieden auf Deutschlands Kosten zu kommen. Wie würde ihre Freude aber erst groß sein, wenn das in Erfüllung ginge, wovon ihr euch versprecht, der Menschheit und damit doch wohl auch uns Deutschen zu dienen!“

Auf Grund solcher Zeugnisse dürfte es dem sozialdemokratischen Parteivorstand doch allmählich klar geworden sein, daß er mit seinem schwächlichen Nachgeben gegenüber der angeblich „friedensfreundlichen“ Opposition und seinem Aufruf nicht die Interessen des deutschen Volkes wahrnimmt, sondern die Geschäfte unserer Feinde besorgt. Wie die christliche Arbeiterchaft zu dieser Angelegenheit steht, ist in dem Artikel: Was gebietet die Stunde? dargelegt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Der Kriegsauschuß für Konsumenteninteressen in Berlin

hat auch in letzter Zeit eine lebhaftere Tätigkeit entfaltet, um die Rechte der Verbraucher wahrzunehmen. So wandte er sich in einer Denkschrift vom 29. Juni an den Staatssekretär Dr. Delbrück um Beseitigung der Zuckerknappheit. Die Denkschrift fordert u. a. die direkte Abgabe von Rohzucker für Verbrauchzwecke und die Ermäßigung der Verbrauchsabgabe für das laufende Betriebsjahr, genau wie bei Rohzuckerfreigabe für Futtermittel. Da die durch Bundesratsverordnung vom 27. Mai der Zentral-Einkaufsgesellschaft erteilte Ermächtigung, Verbrauchs-zucker zwangsweise aufzukaufen nach dem Urteile von Sachverständigen keinen merklichen günstigen Einfluß auf die Marktverhältnisse ausgeübt hat, so soll die Gesellschaft durch Befreiung von den einengenden Bestimmungen weit entschiedener als bisher zur Durchkreuzung der spekulativen Hemmungen bei der Zucker-versorgung in den Stand gesetzt werden. Dazu gehörte auch

eine Ausdehnung der angekündigten neuen Bestandaufnahme auf die neuen Vorräte unter 50 Kilogr., wenn nötig durch gemeindliche Erhebungen. Für den Fall einer Ablehnung dieser Vorschläge empfiehlt der Kriegsauschuß die Beschlagnahme der gesamten Zuckervorräte durch das Reich und ihre zwangsgemeinwirtschaftliche Bearbeitung und Verteilung unter Einspannung der entsprechenden Erwerbskreise nach Art des Reichsgetreide-monopols.

Eine vom genannten Ausschuss einberufene Sachverständigenkonferenz befaßte sich mit der rechtzeitigen Beschaffung von Leuchtmitteln. Die darin von Vertretern des Petroleum-, Spiritus- und Carbidhandels, sowie der Lampenfabrikanten und -Händler abgegebenen Gutachten veranlassen den Kriegsauschuß, alle Bevölkerungskreise, die irgendwie dazu in der Lage sind, dringend aufzufordern, von der Petroleumbeleuchtung zu Gas oder Elektrizität überzugehen. Von den städtischen und privaten Lichtzentralen wird gleichzeitig erwartet, daß sie hierbei nach dem Muster verschiedener Gemeinden für weitgehende Erleichterungen bei der Anlage der Leitungen und der Beschaffung von Leuchtörpern Sorge tragen, damit die sehr beschränkte Petrolmenge durch Verringerung der Nachfrage für die wirklich auf Petroleumverbrauch angewiesenen ärmeren Volksschichten übrig bleibt. Den Bezirks- und Ortsausschüssen für Konsumenteninteressen ist die Weisung zugegangen, in diesem Sinne bei den kommunalen Stellen nachdrücklich tätig zu sein. Von der Reichsregierung wird die Einführung der bereits von der Presse angekündigten Petroleumhöchstpreise erhofft. Eine als unerwünschte Folge davon hier und da befürchtete Einschränkung der Leuchtöleinfuhr wurde auch von dem Vertreter des Petroleumgroßhandels als gegenstandslos hingestellt. Außerdem ließe sich diese Gefahr durch Einfuhrprämien beseitigen. Inzwischen hat die Regierung Höchstpreise für Petroleum festgesetzt. Der Preis beträgt fürs Liter 32 Pfg. In besonderem Maße möchten dem Wunsche Nachdruck verleihen, der Bevölkerung den Bezug von Gas oder Elektrizität zu erleichtern. Damit würde in den meisten Fällen gleichzeitig den Interessen der Verbraucher wie der Gemeinden gedient.

Aus unseren Berufen.

Gewährung von Steuerzuschlägen. Düsseldorf hat den städtischen Arbeitern eine Steuerzuschulage von 10 Prozent des Lohnes bewilligt. Jedoch sollen die Arbeiter des Fuhrparks und des Kanalbaues nur 5 Prozent erhalten. Die Begründung, daß es sich hierbei um meist nicht vollwertige Arbeiter handelt, klingt sehr merkwürdig. Bei den betr. Arbeitern kann eine solche Zurücksetzung natürlich nur Mißmut erzeugen.

Machen gewährt eine Steuerzuschulage in folgender Weise:

Den verheirateten und solchen städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern, die als Haupternährer ihrer Familie anzusehen sind und mit diesen in häuslicher Gemeinschaft leben, während der gegenwärtigen Kriegszeit, beginnend mit dem 1. April.

- a) verheirateten Arbeitern ohne Kinder unter 15 Jahren sowie Arbeitern als Familienernährer für den Arbeitstag 20 Pfg.;
- b) desgleichen mit einem Kinde unter 15 Jahren für den Arbeitstag 25 Pfg.;
- c) desgleichen für jedes weitere Kind unter 15 Jahren, ohne Beschränkung auf einen Höchstsatz. 5 Pfg. für den Arbeitstag;
- d) städtischen Beamten und Angestellten mit einem Jahresverdienst von nicht mehr als 2000 Mark monatlich 15 Mark mit der Maßgabe, daß Lohn- und Steuerzuschulage zusammen den Jahresverdienst von 2000 Mark nicht übersteigen sollen.

Von der Zulage sollen ausgeschlossen sein:

1. Beamte, Angestellte und Arbeiter, die nach dem 1. April angenommen sind, oder bei deren Gehalts- oder Lohnfestsetzung die jetzigen Steuerungs- und Gehalts- oder Lohnverhältnisse schon berücksichtigt wurden;
2. Beamte, Angestellte und Arbeiter, die an städtischen Anstalten neben ihren Bezügen freie Kost erhalten.

Kleve hatte vor einigen Wochen eine Zulage von 20 Pfg. pro Tag beschlossen. Auf Grund einer Eingabe unseres Verbandes ist dieser Beschluß nunmehr dahin abgeändert worden, daß eine Zulage von 10 Prozent des Lohnes gewährt wird.

Mainz. In der Stadtverordnetenversammlung am 9. Juli wurde beschlossen:

„Den verheirateten, tatsächlich im städtischen Dienste stehenden ständigen Arbeitern und Fahrbedienten der Straßenbahn wird vom Beginn der auf den 1. Juni 1915 folgenden Lohnwoche an bis auf weiteres eine außerordentliche Teuerungszulage bewilligt und zwar:

1. von täglich 25 Pfg. den Verheirateten ohne Kinder oder höchstens 2 Kindern unter 16 Jahren;
2. von täglich 35 Pfg. den Verheirateten mit 3 und 4 Kindern unter 16 Jahren;
3. von täglich 45 Pfg. den verheirateten mit mehr als 4 Kindern unter 16 Jahren.

Arbeiter, deren Jahresverdienst den Betrag von 1800 Mk. überschreitet, bleiben von der Bewilligung ausgeschlossen. Wenn der Jahresverdienst einschließlich der Zulage entsprechend zu kürzen.“

Die Kosten werden auf 50 000 Mk. berechnet, die unständigen Arbeiter und die Ledigen erhalten keine Zulage. Dafür sollen die Löhne der ungelerten Anständigen erhöht werden von 3,10 Mk. auf 3,90 Mk. Schaffner sollen 4,40 Mk. Fahrer 4,60 Mk. Lohn erhalten.

München. Rückwirkend ab 1. Juni ds. Jahres werden den städtischen Beamten, dem städtischen Lehrpersonal, den städtischen Arbeitern und den aus Hilfsweise verwendeten Personen in jeder Zeit widerrechtlicher Weise Teuerungszulagen nach Maßgabe der nachstehenden Bestimmungen gewährt.

Die Zulage beträgt:

A. Für die Ledigen 20 Pfg. für den Tag oder 6 Mk. im Monat; a) für ledige männliche Personen, deren durchschnittliches Jahreseinkommen (Tagesverdienst mal 300) 1440 Mk. nicht erreicht; b) für ledige weibliche Personen, deren durchschnittliches Jahreseinkommen 1200 Mk. nicht erreicht. Uebersteigt das Einkommen einschließlich der Zulage den Betrag von 1440 Mk. bzw. 1200 Mk. so wird die Zulage um den überschüssenden Teil gekürzt.

B. Für die Verheirateten, wenn das durchschnittliche Jahreseinkommen 2040 Mk. nicht übersteigt, a) für Verheiratete ohne Kinder 30 Pfg. den Tag oder 9 Mk. im Monat; b) für Verheiratete mit Kindern 30 Pfg. für den Tag oder 9 Mk. im Monat und außerdem für jedes Kind 5 Pfg. für den Tag oder 1,50 Mk. im Monat.

Uebersteigt das Einkommen einschließlich der Zulage den Betrag von 2130 Mk., so wird die Zulage um den überschüssenden Teil gekürzt. Verheirateten mit mehr als 2 Kindern und einem Einkommen von mindestens 2130 Mk. und höchstens 2430 Mk. wird für das dritte und jedes weitere Kind (bis einschließlich des sechsten) eine monatliche Zulage von 3 Mk. gewährt.

Kinder über 16 Jahre werden nicht berücksichtigt, es sei denn, daß sie infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen erwerbsunfähig sind oder sonst aus zwingenden Gründen einem Erwerbe nicht nachgehen können.

Bei verheirateten weiblichen Personen ist Voraussetzung für die Gewährung der Zulage, daß sie Haupternährerin ihrer Familie sind, weil der Ehemann selbst aus zwingenden Gründen hierzu nicht imstande ist.

Bei Feststellung des Dienst- bzw. Lohn Einkommens bleiben Zuschläge und Nebenverdienste aller Art außer Berechnung.

Die Auszahlung der Zulage erfolgt monatlich nachträglich. Keine Zulage erhalten die zum Heeresdienst einberufenen Personen, sowie diejenigen, die volle Verköstigung in städtischen Anstalten erhalten.

Frankfurt a. M. gewährt für Beamte, Bedienstete, Angestellte und Arbeiter, die verheiratet sind, aber keine Kinder haben, 20 Pfg. täglich oder 5 Mk. monatlich, für Verheiratete mit Kindern 40 Pfg. täglich oder pro Monat 10 Mk. Ledige erhalten keine Zulage.

Rosenheim. Der Magistrat beschloß, den Beamten und Arbeitern der Stadt Rosenheim rückwirkend ab 1. April und vorläufig bis 31. Dezember ds. Jahres folgende Teuerungszulage zu gewähren: Kinderlose und ledige Arbeiter pro Tag 10 Pfg. oder monatlich 2,50 Mk.; Arbeiter mit 1—2 Kindern pro Tag 20 Pfg. oder monatlich 5 Mk.; Arbeiter mit 3—4 Kinder pro Tag 30 Pfg. oder monatlich 7,50 Mk.; Arbeiter mit 5 und mehr Kinder pro Tag 40 Pfg. oder monatlich 10 Mk. Wir sehen damit die Wünsche, wie sie in der von unserm Verband gemachten Eingabe begründet waren, erfüllt.

Pasing. Auf Grund der von unserm Verbands gemachten Eingabe gewährte der Magistrat für die städtischen Arbeiter eine Teuerungszulage von 40 Pfg. pro Tag. Ueber Ge-

mährung besonderer Familienzulagen soll später Beschluß gefaßt werden.

Gewährung von Urlaub. Infolge eines Antrages unseres Verbandes gewährt die Stadt Bonn ihren Arbeitern in diesem Jahre die Hälfte des üblichen Urlaubs.

Die Stadt Essen gewährt den vollen Urlaub. Jedoch wird er auf verschiedene Perioden verteilt.

Bamberg. Die beschlossene Teuerungszulage wird wie folgt gewährt. Es erhalten: ledige und verwitwete Arbeiter und Unterbeamte ohne Kinder monatlich 2,00 Mk. verheiratete kinderlose Arbeiter und Unterbeamte und solche nur mit einem Kind unter 16 Jahren monatlich 3,00 Mk. mit 2—3 Kindern " 6,00 Mk. mit 4—5 Kindern " 7,50 Mk. mit 6 Kindern " 9,00 Mk. mit 7 und mehr Kindern " 10,00 Mk.

Der Wert der Dienstwohnungen, Naturalbezüge sowie Funktionszulagen werden in Anrechnung gebracht. Arbeiter und Unterbeamte, die nachgewiesenermaßen Eltern und erwerbslos Geschwister zu ernähren haben, sollen mit besonderer Genehmigung des Magistratsvorstandes die Teuerungszulage ganz oder teilweise erhalten. Ausgeschlossen sind Arbeiter und Unterbeamte mit einem Arbeitsverdienst von mehr als 5,00 Mk. oder mit einem Monatslohn von mehr als 125,00 Mk. Ferner alle Arbeiter in städtischen und stiftischen Anstalten mit freier Verköstigung, sowie für bestimmte Einzeldienstleistungen vorübergehend eingestellte Arbeiter. Die Familien der zum Heeresdienst eingezogenen Arbeiter, sowie jene Arbeiter, die vor der Auszahlung der ersten Monatsrate der Teuerungszulage aus irgend welchem Grunde aus dem städtischen Dienst ausgeschieden sind, sollen gleichfalls nicht in den Genuß der Zulage treten.

Die Zulagen kommen rückwirkend auf 1. April zur Auszahlung.

Bamberg. Die Straßenbahndirektion gewährte monatliche Teuerungszulagen von 3 Mk. Die Frauen der im Felde stehenden Kollegen erhalten monatlich 25 Mk.

Aus den Ortsgruppen.

Köln-Mülheim. Unsere Monatsversammlung am 27. Juni eröffnete Kollege Wallraf, der in Feldgrau erschienen war. Anstelle des einberufenen Schriftführers Kollegen Kirchbaum wurde Kollege Weib gewählt. Über die Tätigkeit des Verbandes während der Kriegszeit berichtete der Zentralvorstehende Kollege Dedebach. Der Verband habe tatkräftig gearbeitet, um sowohl die Lage der Daheimgebliebenen, wie der eingezogenen Kollegen zu bessern. Er habe sich an vielen Aktionen beteiligt, die sich gegen die Verteuerung der Lebensmittel richteten; an zahlreichen Stellen seien Eingaben zwecks Gewährung von Teuerungszulagen gemacht worden, die fast alle Erfolg gehabt hätten. In einigen Städten habe der Verband dafür gesorgt, daß die vorgenommenen Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beseitigt wurden. Von schönem Erfolg seien auch die Bemühungen des Verbandes gewesen im Interesse der Krieger und deren Familien. Beweis dafür seien die Lohnfortzahlungen an die Kriegerfamilien, Liebesgaben Spenden an die Eingezogenen, Gewährung von Invaliden- und Hinterbliebenenversorgung auch dann, wenn die vorgeschriebene Wartezeit nicht erfüllt sei, die Nichtanrechnung der Kriegs- und Verwundungszulagen auf den Lohn bei Kriegsinvaliden u. dergl. m. Aus eigenen Mitteln habe der Verband eine Weihnachtsunterstützung an die Kriegerfrauen gezahlt, wie er auch für verstorbene und gefallene Krieger das volle Sterbegeld zahle. Der Verband habe somit eine sehr umfassende Tätigkeit während des Krieges entfaltet im Interesse der städtischen Arbeiterschaft und Straßenbahner. Zu wünschen sei nur, daß man in diesen Kreisen die Notwendigkeit und Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation immer mehr erkenne. Kollege Wallraf gab dann noch bekannt, daß aus der Ortsgruppe 27 Mitglieder eingezogen seien, und aus Lokalmitteln 280 Mk. für Unterstützungen und Liebesgaben vorausgabt wurden. Der bisher gezeigte Opferinn der Kollegen müsse auch fernerhin betätigt werden.

München. Die Feuerungszulage ist endlich unter Dach und Fach gebracht. Näheres ist darüber an anderer Stelle dieser Nr. berichtet. Daß die Zulage in so weitgehendem Maße bewilligt wurde, ist nicht zum wenigsten dem Einfluß unseres Verbandes zu danken. Daraus ergibt sich für die Verbandskollegen die Pflicht, auch in der Kriegszeit ihre Verpflichtungen treu zu erfüllen. Mit Ablauf des Monats Juli sind für die Arbeiter und Angestellten für 2 Monate die Feuerungszulagen fällig. Sie betragen für diese Zeit je nach der Kopfzahl der Familie mindestens 18 und höchstens 36 Mark. Deshalb machen wir heute schon den Vorschlag, daß unsere Mitglieder, soweit sie die Feuerungszulagen erhalten, bei der ersten Nachzahlung für unsere im Felde stehenden Kollegen je 2 Kriegsmarken a 50 Pfennig abnehmen sollen. Die Vorstandschaft hat bereits beschlossen, daß an unsere ca. 70 im Felde stehenden Münchner Verbandskollegen Ende Juli wieder Liebesgaben ins Feld geschickt werden sollen. Das verursacht größere Ausgaben, die außerordentlichen Mitteln befristet werden müssen. Die im Felde stehenden Kollegen kämpfen für unsere Heimat, für unsern Sieg mit Aufopferung aller Kräfte und Hingabe ihres Lebens. Der Verbandskollege, der sich dieses kleinen Opfers 2 Kriegsmarken zu Lehen, entschlagen wollte, wäre nicht wert, eine Feuerungszulage zu empfangen.

Würzburg (Straßenbahner). In unserer am 20. Juli stattgefundenen Versammlung sprach unser Bezirksleiter, Kollege Weizler aus München über das Thema: Der Einfluß des Krieges auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise u. welche Mittel sind geeignet nach dieser Richtung einen Ausgleich zu verschaffen? Redner besprach einleitend die Ursachen des Krieges und die Absicht unserer Feinde, Deutschland wirtschaftlich zu ruinieren und aus zuhungern. Demgegenüber war die Hauptfrage des Reiches, geeignete Maßnahmen zu treffen, um solche Pläne zu Schande zu machen. Eine unheimliche Teuerung der Lebensmittel legt den Minderbemittelten große Sorgen um die Erhaltung der Existenz auf. Einen Ausgleich in dieser Hinsicht zu schaffen, war eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes in den letzten Monaten. Die diesbezüglichen Erfolge seien den Kollegen an der Hand unseres Verbandsorgans bekannt. Wie dem Redner mitgeteilt, habe sich der Straßenbahnverkehr seit der Mobilmachung in Würzburg gehoben. Die Direktion habe somit keinen Schaden, sondern Nutzen gehabt. Infolge der Einberufungen zum Kriegsdienste habe sich der Dienst für das noch verbliebene Personal in mancher Weise verschlimmert. Einen Ausgleich gegenüber der bestehenden Teuerung könne auch hier nur in der Gewährung von Teuerungszulagen geschaffen werden. Redner schlägt vor, mit einem diesbezüglichen Gesuch an die Direktion heranzutreten. In der freien Aussprache einigten sich die Kollegen dahin, daß eine Teuerungszulage von 5 M. p. Monat, sowie für jedes Kind unter 15 Jahren je 1 M. monatlich beansprucht werden sollte. Die Vertreter des Personalausschusses, Kollegen Gmelch und Edelmann versprachen, die Wünsche der Angestellten nachdrücklich zu vertreten. Am Schlusse appellierte Kollege Weizler an die Versammelten, sie möchten auch während des Krieges ihre Pflichten gegenüber dem Verbandsmitglieden u. im Interesse der im Felde stehenden Kollegen erfüllen. Nachdem noch beschlossen wurde, den im Felde stehenden Kollegen auf Kosten der Lokalfasse Liebesgaben zu senden, fand die Versammlung ihren Abschluß. Zu bemerken ist noch, daß sich 4 Ausschüßführer dem Verbandsangehörigen angeschlossen haben, woran sich mancher alte Kollege ein gutes Beispiel nehmen möchte.

Feldpostbriefe.

Am Priesterwalde, den 8. Juni 1915.

Liebe Kollegen!

Herzlichen Dank für die schöne Karte. Erhielt auch gestern das Verbandsorgan, hatte aber noch keine Gelegenheit, dasselbe zu lesen, denn nach den schweren Tagen vom 27. Mai bis 1. Juni am Priesterwald haben wir allerhand Schanzarbeit zu verrichten. Nach einem anfänglichen kleinen Erfolg betamen die Franzosen Schläge, wie ich selten gesehen habe, am 29. und 30. Mai und 1. Juni. Von unsern Truppen wurden allein über 1800 Franzosen beerdigt, nun noch die Toten und Vermundeten, welche nicht in unsere Hände fielen. Es wurde auch eine größere Zahl Gefangene gemacht, meistens Leute von 30—40 und 45 Jahren. Bei den Angriffen sind die Franzosen meistens betrunken, sonst würden sie nicht am Graben heraus kommen. Am 30. Mai wurde ein Angriffsversuch glänzend abgeschlagen. Auf unserer Seite sollte kein Gewehr gebraucht werden. Jeder nahm sich einige Stielhandgranaten zur Hand. Wie die Rothosen (halt nicht lügen) die Mauergrauen am Graben herauskamen, wurden sie empfangen, daß ihnen Hören und Sehen verging. 1 Offizier und 4 Mann wurden gefangen. Sie waren aber ehrlich genug, nicht, wie so viele andere Franzosen, ihre Stellung zu verraten.

In der Nacht zum 31. Mai machte ich mit einem Leutnant einen sehr schwierigen Patrouillengang auf Hand und Fuß. Mein Leutnant wurde leider leicht am Kopfe verwundet. Ich hatte wieder, wie so oft, einen guten Schutzengel und blieb unverletzt. Am 31. Mai wurde ich mit einem Gefreiten durch eine einschlagende Granate in einer Artilleriebedeckung verschüttet. Nach einhalb Stunden hatten wir uns Gott sei Dank mit den Händen wieder herausgekrabbelt. Luft konnten wir glücklicherweise noch genügend kriegen. Ich mit einer Anzahl anderer Kameraden und mein Leutnant sind eingereicht zum Eisernen Kreuz. Ob es aber mir schon verliehen wird, muß ich noch abwarten, wäre auch nicht schlimm, habe nur meine Pflicht getan als Deutscher und Christ.

Treffe geht auch öfter mit Ernst Laaßen zusammen, so auch heute. Es sind auch noch mehr Kollegen unseres Verbandes hier und wir freuen uns immer, wenn wir uns gesund wiedersehen. Gebe Gott nur, daß wir möglichst alle zu unsern Lieben und unsern Verbandskollegen zurückkehren mögen. Unsere Sache steht ja noch gut nach dem Jahresbericht. Wir wollen alle zum lieben Gott beten und ihm vertrauen, daß er recht bald unsern Waffen den Sieg verleiht und uns alle wieder gesund vereinigt.

Nun seid alle recht herzlich begrüßt von
Anton Franke, Köln.

Verbandsnachrichten.

Es haben abgerechnet; Vom 1. Quartal die Ortsgruppen Düsseldorf-Straßenb.; vom 2. Quartal: Aachen, Landshut, Nürnberg, Graubenz, Freising, Wilschhofen, Augsburg.

Der diesmaligen Zeitungsendung ist eine Anzahl Flugblätter beigelegt, betitelt: „Krieg und Arbeiter“, um deren Verteilung wir dringend bitten, besonders an die Unorganisierten.

Ebenfalls ist ein Protokoll beigelegt über die Vertreterkonferenz in Essen am 13. Mai 1915. Diese Schrift enthält sehr wichtiges Material über die Lebensmittelversorgung. Sie ist zum Preise von 30 Pfg. erhältlich.



Es starben den Heldentod für König und Vaterland unsere Mitglieder

Peter Zander

Köln

gefallen am 24. Mai bei Ypern.

Eduard Päßgen

Köln

gefallen am 17. Juni bei Arfas.

Anton Röllgen

Straßenbahner, Köln

Albert Rockshrot

Mülheim

gefallen in Flandern.

Josef Koch

Mülheim

gefallen bei Ypern.

Johann Arnold

Straßenbahner, Düsseldorf

Johannes Gallson

Straßenbahner, Düsseldorf

Wilhelm Bausch.

Straßenbahner, Düsseldorf.

Wir werden den tapferen Helden ein ehrendes Andenken bewahren.